

Diese Art der "Alibiverfassungsgebung" hat für den Autor die ideologische Funktion der legitimierenden Entlastung des politischen Systems gegenüber der gegenläufigen Wirklichkeit, um soziale Spannungen abzuschwächen und zum Teil zu kontrollieren; sie dient als Illusion, zur Täuschung, um das politische System gegen andere – für die Machthaber und privilegierten Gruppen wenig vorteilhafte – Alternativen zu immunisieren.

Der Autor arbeitet mit den (idealtypischen) Begriffen der normativen, nominalistischen und der semantischen – von ihm in "instrumentalistisch" umgetauften – Verfassung, die von Karl Loewenstein entwickelt worden sind. Dessen Behauptung jedoch, daß bei nominalistischen Verfassungen, denen es an den tatsächlichen Voraussetzungen und somit an Normativität mangelt, die Hoffnung bestünde, daß durch den guten Willen der Machthaber und -adressaten früher oder später die Wirklichkeit des Machtprozesses dem in der Verfassung niedergelegten Modell entsprechen werde, weist er als "naiv" zurück; die bislang acht brasilianischen Bundesverfassungen zwischen 1824 und 1988 stehen für Neves im "Teufelskreis zwischen Verfassungsnominalismus und -instrumentalismus".

Mit dieser und anderen klar politischen Aussagen auf der Basis der untersuchten Rechtsnormen und -tatsachen steht Neves ganz in der Tradition der seit jeher als progressiv-sozialkritisch bekannten Rechtsfakultät von Recife. Das Buch ist deswegen auch für den nicht direkt an Brasilien interessierten Leser interessant, weil es ihm gelingt, eine Brücke zu schlagen zwischen den einführenden abstrakt-generellen Betrachtungen über Entstehung, Funktion und Dynamik von Rechtssystemen, der Darstellung der verschiedenen Verfassungskonzeptionen und der konkreten Interpretation der Verfassungswirklichkeit eines modernen Staates – ein wohl nicht nur in der brasilianischen Rechtsliteratur bislang in dieser Intensität und analytischen Schärfe kaum behandeltes Thema.

Andreas Krell

Hans-Joachim Lauth / Hans-Rudolf Horn (Hrsg.)

Mexiko im Wandel. Bilanz und Perspektiven in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur

Vervuert Verlag, Frankfurt a.M., 1995, 223 S., DM 29,80

Dieser von Hans-Joachim Lauth und Hans-Rudolf Horn, den Lesern dieser Zeitschrift als exzellente Kenner Mexikos bekannt, herausgegebene Sammelband faßt die – aktualisierten – Ergebnisse eines Kolloquiums von November 1994 in Mainz zusammen. Aus dem breit gefächerten Spektrum der Themen (Kultur, Agrarreform, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Dezentralisierung, Umweltpolitik, Menschenrechtsdiskussion, Demokratisierung) soll hier nur auf drei weitere, über die Grenzen Mexikos hinaus beachtete Themen eingegangen werden:

Wirtschaft und Außenpolitik werden determiniert durch das Verhältnis zum übermächtigen Nachbarn USA. In der Regierungszeit von Präsident Salinas de Gortari (1988-1994) kam es zu einer verstärkten Annäherung beider Staaten auf außenpolitischem Gebiet (z.B. mittelbare Unterstützung der USA im Golfkrieg durch Erhöhung der mexikanischen Erdölproduktion) und einer forcierten Liberalisierung und Privatisierung der mexikanischen Wirtschaft. Die Erfolge der neoliberalen Wirtschaftsstrategie ließen es zu (*Schirm*, S. 17-33), daß Mexiko den USA die Bildung einer nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) vorschlagen konnte. Dieser von den USA, Kanada und Mexiko gebildete Wirtschaftsraum ist seinem BSP nach größer als die EU. Das vor allem in den USA artikulierte Unbehagen mancher Branchen über die schwer einzuschätzenden Folgen der NAFTA zeigt indirekt die Ausgewogenheit der Vor- und Nachteile der Vertragsregelungen für die Beteiligten. Der sukzessive Abbau der Zollschranken vor allem für Agrarprodukte kommt Mexiko zugute. Die längsten Übergangsfristen für Mais einerseits und gefrorenen Orangensaft andererseits offenbaren die wechselseitigen Schutzobjekte. Die Dienstleistungsfreiheit eröffnet den USA den dem Ausland bisher verschlossenen mexikanischen Markt im Banken- und Versicherungssektor. Der Bereich Arbeit ist indes vom Vertragswerk ausgenommen, um einen ungehinderten Zustrom mexikanischer Wanderarbeiter zu verhindern. Nach überwiegender Meinung wird Mexiko von der NAFTA profitieren, allerdings regional sehr unterschiedlich, nämlich im Norden in den grenznahen industrialisierten Regionen mehr als im ohnehin unterentwickelten Süden.

Es ist daher bezeichnend und propagandistisch gezielt ausgesucht, daß ausgerechnet am 1. Januar 1994, dem Inkrafttreten der NAFTA, in dem ärmsten südlichen Bundesstaat, Chiapas, der Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) seinen Aufstand inszenierte. *Fix-Fierro* und *Martínez-Urriarte* (S. 79-99) schildern die Ereignisse vor dem Hintergrund der so nachhaltig vernachlässigten Region mit ihrer starken indigenen Bevölkerungsstruktur: Analphabetismus, Arbeitslosigkeit, Unterbezahlung, Unterernährung, Kindersterblichkeit. Für diesen "Schauplatz eines Aufstandes" werden von den Referenten auch weniger bekannte Faktoren aufgelistet, so die guatemalteckischen Bürgerkriegsflüchtlinge in Chiapas oder die vergleichsweise hohe Zahl von Protestanten unter der Indio-Bevölkerung (S. 72). Die Reaktion auf katholischer Seite war zum einen die Stärkung des religiösen Traditionalismus, aber zum anderen auch das Erstarken einer radikalen Strömung hin zur "Theologie der Befreiung". Der ihr nahestehende Bischof von San Cristóbal, Samuel Ruiz García, konnte immerhin den Dialog zwischen dem EZLN und der Regierung moderieren. Eine militärische Niederschlagung des Aufstandes verbot sich angesichts der weltweiten Publizität der Ereignisse. Hierzu beigetragen hat der EZLN des "Subcomandante Marcos", mutmaßlich eines Studenten aus wohlhabender Familie im Norden, mit einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit vor allem auch gegenüber ausländischen Medienvertretern. So werden die Ziele des EZLN in Video-Filmen – wie gesehen, verbreitet, von denen ein Exemplar, Prof. Steger in Mexiko zugesteckt, bis nach Rostock zur Tagung der Deutsch-Mexikanischen Juristenvereinigung im September 1995 gelangte.

Die "Tragödie von Chiapas" (Carlos Fuentes) hat zweifellos das politische Leben Gesamt-mexikos sensibilisiert und – anders als von den Linkskräften erhofft und vom PRI befürchtet – die Wahlen vom 21. August 1994 (dazu *Franke*, S. 35-55) beeinflusst. Die Unruhen im Süden und die Ermordung des PRI-Präsidentschaftskandidaten Colosio am 23. März 1994 ließen es vielen Mexikanern geraten erscheinen, sich gegen einen Wechsel und für den neuen Anwärter Zedillo zu entscheiden, der versprach, den bisherigen Wirtschaftskurs beibehalten zu wollen. Mag auch angesichts gewisser Wahlunregelmäßigkeiten (S. 50 f.) sowohl für die Wahlen von 1988 als auch für die von 1994 füglich bezweifelt werden, daß für den PRI-Kandidaten genau die magische Grenze von 50% überschritten worden ist (mit 50,36% bzw. 50,06%), so kann angesichts der Aufspaltung der Opposition in rechts (Partido Acción Nacional) und links (Partido de la Revolución Democrática) und der intensiven Wahlbeobachtung nicht zweifelhaft sein, daß der PRI-Kandidat die meisten Stimmen erhalten hat.

Wer über die innenpolitische Lage Mexikos fundiert und aktuell informiert sein will, sollte zu diesem Sammelband greifen.

Gerhard Scheffler

Ute Meyer

Der außenpolitische Entscheidungsprozeß der USA. Das Spannungsfeld Präsident – Kongreß am Beispiel der Nicaragua-Politik während der zweiten Amtsperiode Ronald Reagans

Leske & Budrich, Opladen, 1995, 242 S., DM 48,--

Kein außenpolitisches Thema hat die US-Regierung während der beiden Amtsperioden von Präsident Reagan (1981-89) länger und stärker beschäftigt als der Zentralamerika-Konflikt und insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Sandinistenregime in Nicaragua. In der oberflächlich-bipolaren Perzeptionsweise Reagans, die endogene Ursachenfaktoren konsequent ausblendete, erschienen die *Comandantes* in Managua als Geschöpfe und Instrumente des Kreml und Havannas, die eine Revolutionierung des gesamten Isthmus anstrebten und damit die nationale Sicherheit der USA bedrohten. Reagans obsessiv verfolgtes Ziel eines Machtwechsels in Nicaragua sah sich mit dem Dilemma konfrontiert, daß im politisch sensiblen Klima der Post-Vietnam-Ära weder die US-Öffentlichkeit noch der Kongreß bereit waren, die zur Herbeiführung eines Regimesturzes erforderlichen Methoden und Mittel zu billigen. Die Enthüllung illegaler Machenschaften zur Destabilisierung des Sandinistenregimes (Iran-Contra-Affäre) führte schließlich dazu, daß die ohnehin schwindenden Möglichkeiten der Reagan-Administration, den Verlauf der regionalpolitischen Entwicklung mitzugestalten, einen spürbaren Rückschlag erlitten.

Mit ihrer Untersuchung des Einflusses des Kongresses auf die Formulierung der Nicaragua-